

# Die Zeit

## Hallesche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Das Druck-Verfahren ist einwandfrei, das Papier ist von guter Qualität. Die Druckerei befindet sich in Halle a. S., Markt 11. Die Druckkosten betragen pro Seite 1,50 Mark. Die Druckerei ist für die Druckkosten der Zeitungen verantwortlich. Die Druckerei ist für die Druckkosten der Zeitungen verantwortlich.

Geschäfts-Verfahren: Halle a. S., Neue Promenade 14 am Große Postenstraße 17. Geschäfts-Verfahren: Halle a. S., Neue Promenade 14 am Große Postenstraße 17. Geschäfts-Verfahren: Halle a. S., Neue Promenade 14 am Große Postenstraße 17.

### Ein Vertrauensvotum für Dr. Wirth.

220 Stimmen dafür, 185 dagegen — Die bayerische Volkspartei enthielt sich der Abstimmung.

Berlin, 15. Februar. Ueber den Antrag der Regierungsparteien stimmten im Reichstage 421 Abgeordnete ab. 16 enthielten sich der Abstimmung. Dagegen stimmten 220, dagegen 185. Das Resultat der Abstimmung wurde mit Handklatschen der Mehrheit und auf den Tribünen begrüßt.

Berlin, 15. Februar 1922.

Seute letzte der Reichstag die Beratung des Reichsmietengesetzes fort. Eingegangen ist dazu ein Kompromissantrag der Sozialdemokraten, des Zentrum, der Unabhängigen und der Demokraten. In diesem ist besonders vorgesehen, daß der Rentnerzuschlag zunächst für die großen Einkommensgruppen an den Gehältern des Beamtenstandes zu verwenden ist. — Gemeinden können mit Zustimmung der obersten Landesbehörde einen Ausleihsfonds für große Instandsetzungsarbeiten einrichten, aus dem wirtschaftlich Schädliche bedacht werden können.

Reichswehrminister Groener (von den Kommunisten mit dem Ruf „Hundstot!“ empfangen): Bei den Klagen über Maßnahmspläne handelt es sich um Verfügungen, die in den ersten Streittagen erlassen worden sind. Nachher ist verfügt worden, daß zunächst zu prüfen sei, ob der Fall einer unter Ziffer 1 der Richtlinien fallenden Urheberhaftung hinreichend gegeben ist. Trifft dies nicht zu, so ist entsprechend den §§ 97 und 98 des Reichsbeamtengesetzes die Einstellung des Verfahrens zu beantragen. Ferner ist verfügt worden, daß wenn ein Beamter bereits entlassen ist, wegen einer nicht unter Ziffer 1 fallenden Urheberhaftung diese Entlassung durch die Stelle zurückzunehmen ist, die sie ausgesprochen hat. (Hört! hört! bei d. Soc.) Hierauf wird der Beamte in seine bisherigen Rechte wiedererlangt. Ebenso ist verfügt worden, daß sogenannte Willkür, die nur der Parole gefolgt sind, in den Dienst wieder aufgenommen werden. (Hört! hört!)

Hg. Saebz (Dem.) erklärt, über die Aufhebung der Beamtenpflicht hat seine Fraktion geäußert. Ein Teil trete für ihre fortwährende Aufhebung ein, ein anderer wolle ihm erst in einigen Jahren näher treten. Keine Freude werde niemand an dem Geles haben; trotzdem aber müßte kein Scheitern verbunden werden.

Hg. Dr. Peterzen (Dem.): Die demokratische Partei hält die Behauptung, daß zwischen den Worten und Taten der Regierung ein Widerspruch vorliegt, für durch nichts erwieben. Sie lehnt es ab, ihre Stellung durch halbflohe Kombinationen beeinflussen zu lassen. Sie hält es für die Pflicht der Partei, sich an die Erklärungen der Regierungsparteien im Parlament zu halten.

Hg. Saebz (Dm.) erinnert an die in letzterlicher Weise vom Reichstagern genehmigte förmliche Vertrauensfrage. Die ein positives Vertrauensvotum verlangt habe, um Reichsminister Wirths Stellung zu bestätigen. Wirth hat sich aber nicht zur Beantwortung der Vertrauensfrage geäußert. Der Antrag, der Wirths Stellung zu bestätigen, ist nicht angenommen worden. Der Antrag, der Wirths Stellung zu bestätigen, ist nicht angenommen worden.

Hg. Maas (Str.) schließt sich den Ausführungen Dr. Peterzen und Müller-Franzen an. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Votum über die Bedeutung der Frage des Streites hinausgeht. Das Ergebnis der Abstimmung ist von außerordentlicher Bedeutung und muß nach seiner Meinung zugunsten des Antrages der Regierungsparteien ausfallen.

### Reichsregierung zum Eisenbahnerstreik

wieder aufgenommen. Inzwischen hat sich der Streik bis auf den letzten März ausgedehnt. Die Regierung hat die Wirtschaffen des Reichs mit dem Reichsanwalt Riegler genehmigt haben.

### Neue Kämpfe um das Steuerkompromiß.

Seit fast acht Monaten steht die deutsche Wirtschaft unter dem Druck kommender gewaltiger Steuerlasten, ohne dabei die Wege der Gesetzgebung, auf denen diese Steuerlasten verteilt werden sollen, klar erkennen zu können.

Hg. Saebz (Dm.) erinnert an die in letzterlicher Weise vom Reichstagern genehmigte förmliche Vertrauensfrage. Die ein positives Vertrauensvotum verlangt habe, um Reichsminister Wirths Stellung zu bestätigen. Wirth hat sich aber nicht zur Beantwortung der Vertrauensfrage geäußert.

Hg. Maas (Str.) schließt sich den Ausführungen Dr. Peterzen und Müller-Franzen an. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Votum über die Bedeutung der Frage des Streites hinausgeht. Das Ergebnis der Abstimmung ist von außerordentlicher Bedeutung und muß nach seiner Meinung zugunsten des Antrages der Regierungsparteien ausfallen.

Hg. Saebz (Dm.) erinnert an die in letzterlicher Weise vom Reichstagern genehmigte förmliche Vertrauensfrage. Die ein positives Vertrauensvotum verlangt habe, um Reichsminister Wirths Stellung zu bestätigen. Wirth hat sich aber nicht zur Beantwortung der Vertrauensfrage geäußert.

Hg. Maas (Str.) schließt sich den Ausführungen Dr. Peterzen und Müller-Franzen an. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Votum über die Bedeutung der Frage des Streites hinausgeht. Das Ergebnis der Abstimmung ist von außerordentlicher Bedeutung und muß nach seiner Meinung zugunsten des Antrages der Regierungsparteien ausfallen.

Reichsanwalt Dr. Wirth: Der Abgeordnete Herrat hat an mich die Frage gerichtet, wie der Antrag der Regierungsparteien zu verstehen ist. Zunächst ist es Aufgabe der Regierungsparteien selbst, wenn sie es für richtig halten, zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Wie mich ist der Sinn danach klar. Ich spreche es ausdrücklich aus, es werden die Erklärungen gefällig, die die Regierung abgegeben hat. Wenn Sie die Erklärungen nach. Es sind drei. Die erste Erklärung, die auch formal als solche gekennzeichnet war, die zweite die Rede und die dritte als eine als besonders feierlich bezeichnete Erklärung. Ausgangspunkt meiner ersten Darlegung war nicht etwa ein innenpolitischer Streit, sondern Ausgangspunkt war die gesamte Stellung der Regierung zu dem damaligen Streit war die

Reichsanwalt Dr. Wirth: Der Abgeordnete Herrat hat an mich die Frage gerichtet, wie der Antrag der Regierungsparteien zu verstehen ist. Zunächst ist es Aufgabe der Regierungsparteien selbst, wenn sie es für richtig halten, zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Wie mich ist der Sinn danach klar. Ich spreche es ausdrücklich aus, es werden die Erklärungen gefällig, die die Regierung abgegeben hat. Wenn Sie die Erklärungen nach. Es sind drei. Die erste Erklärung, die auch formal als solche gekennzeichnet war, die zweite die Rede und die dritte als eine als besonders feierlich bezeichnete Erklärung. Ausgangspunkt meiner ersten Darlegung war nicht etwa ein innenpolitischer Streit, sondern Ausgangspunkt war die gesamte Stellung der Regierung zu dem damaligen Streit war die

Gesamtlage unseres Vaterlandes. (Sehr richtig!) Und in dieser Gesamtlage unseres Vaterlandes spielt die Beurteilung der auswärtigen Politik die Hauptrolle. (Sehr wahr!) Wer also heute zu diesem Votum Stellung nimmt, muß auch darüber ganz klar sein, daß er auch ein Werturteil über die Gesamtpolitik der Regierung ausspricht. Um dies Urteil bitte ich Sie, dann ist Arbeit geschaffen.

Reichsanwalt Dr. Wirth: Der Abgeordnete Herrat hat an mich die Frage gerichtet, wie der Antrag der Regierungsparteien zu verstehen ist. Zunächst ist es Aufgabe der Regierungsparteien selbst, wenn sie es für richtig halten, zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Wie mich ist der Sinn danach klar. Ich spreche es ausdrücklich aus, es werden die Erklärungen gefällig, die die Regierung abgegeben hat. Wenn Sie die Erklärungen nach. Es sind drei. Die erste Erklärung, die auch formal als solche gekennzeichnet war, die zweite die Rede und die dritte als eine als besonders feierlich bezeichnete Erklärung. Ausgangspunkt meiner ersten Darlegung war nicht etwa ein innenpolitischer Streit, sondern Ausgangspunkt war die gesamte Stellung der Regierung zu dem damaligen Streit war die

Präsident Loebke teilt mit, daß bei Feststellung der wahren Abstimmung ein Rechenfehler unterlaufen sei. Wirth hat 421 Stimmen abgegeben. 185 Abgeordnete haben mit nein gestimmt, jedoch haben sich der Stimmgabe enthalten.

Wie wir hören, haben die 213 anwesenden Mitglieder der Regierungskoalition mit ja gestimmt, ferner die vier Bauernbündler sowie die Abgeordneten Schirmer, Hofmann und Dr. Wernermann (Bayer. Vpt.).

Das Ergebnis bringt keine sonderlichen Überraschungen. Die Parteien, die mit Mißtrauensanträgen gegen den Reichsanwalt Wirth vorgingen, sind trotz der langen Verhandlungen, die seit dem Sonntag innerhalb und außerhalb der Kammern geführt wurden, bei ihrer Haltung geblieben; sie verneinten die Vertrauensfrage. Die Stimmen, die dem Reichsanwalt das Vertrauen bezeugten, kommen lediglich aus dem Lager der drei Regierungsparteien.

Bemerkenswert ist die Haltung der bayerischen Volkspartei. Von ihr hatte man angenommen, daß sie mit Rücksicht auf die außerpolitische Lage den Reichsanwalt stützen würde. Aber sie ist über den engen Horizont ihrer spezifisch bayerischen Interessen bei der Beurteilung dieser großen Frage nicht hinausgekommen. Weil das Reich Bayern nicht so behandelt habe, wie sie es wünschten, lehnen die Herren von der bayerischen Volkspartei es ab, der gegenwärtigen Reichsregierung in einer Frage, die mit bayerischen Interessen hauptsächlich nichts zu tun hat, das Vertrauen zu erklären. Auch diese Erscheinung zeigt, wie unpolitisch die Denkwelt mancher Leute im deutschen Vaterland noch ist. In England und Frankreich wäre solcher Vorgang nicht möglich.

Das Kabinett Wirth, insbesondere der Reichsanwalt selbst, hat eine, wenn auch nicht starke, so doch immerhin beträchtliche Mehrheit bekommen; es kann weiter die Regierung führen. Aber damit bleibt die bedauerliche Tatsache bestehen, daß das Kabinett Wirth dem Ausland gegenüber eine Schwächung erfahren hat, die umso unermüdlicher sein muß, je näher die Verhandlungen von Genua rücken.

### Neue Kämpfe um das Steuerkompromiß.

Seit fast acht Monaten steht die deutsche Wirtschaft unter dem Druck kommender gewaltiger Steuerlasten, ohne dabei die Wege der Gesetzgebung, auf denen diese Steuerlasten verteilt werden sollen, klar erkennen zu können. Am 26. Januar hat Reichsanwalt Riegler in seiner die deutsche Wirtschaft an die Beratungskommision, folgenden Rede die Grundzüge eines Steuerkompromisses bekannt gegeben. Das ist auf die sogenannte breite Koalition von deutscher Volkspartei bis Reichsrechtssozialdemokratie stützte, lag in dieser Bekanntheit nicht nur ein erheblicher Fortschritt auf politischem Gebiete. Auch für die Wirtschaft war es wertvoll, nun die Grundzüge der Reformen verteilung erkennen zu können, namentlich zu wissen, auf welche Zielstellungen man sich einrichten sollte, um ein möglichst reibungsloses Auswirken der neuen Steuerlegislation, ein möglichst weitgehendes Zusammenwirken von Volkswirtschaft und Steuern zu erzielen.

Die Ereignisse der letzten zwei Wochen haben diese Klarheit wieder zerstört. Sie haben erneut die endgültigen Formen der kommenden Steuerlegislation in Ungewissheit gestellt, die lähmende Unsicherheit erneut in alle Kreise des Wirtschaftslebens hineingetragen und auch für unsere politische Gesamtentwicklung die Hoffnung stark gemindert, die mit der Entstehung der großen Koalition verbunden war. Und wenn alle bekannt gewordenen Beschlüssen der Deutschen Volkspartei gegenüber dem Reichsanwalt zurechnen sollten (was bekanntlich nicht der Fall ist) — die schwersten wirtschaftlichen und politischen Schäden, welche die Volkspartei mit ihrer Haltung jetzt angerichtet hat, finden darin keinerlei Berechtigung.

Wir Demokraten haben ein Recht, Schicksal und Aufopferungsbereitschaft gegenüber dem Staat von allen Parteien zu fordern, die für sich in Anspruch nehmen, ihre Handlungen von staatsbürgerlichem Willigkeitsgefühl leiten zu lassen. Die Geschichte unserer Partei ist die Geschichte einer fasslichen, alles den Staatsnotwendigkeiten unterwerfenden politischen Arbeit. Die Not von Staat und Wirtschaft ist so groß, daß je parteipolitische Erwägungen solcher Art, wie sie jetzt die deutsche Volkspartei geleitet haben, zum Schrecken bringen müßte.

Wir haben immer in unserer Arbeit die Notwendigkeit der großen Koalition betont aus der klaren und nüchternen Erkenntnis heraus, daß die junge demokratische Republik zu ihrer historischen Bestimmung zu einer Neubildung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen nur kommen kann, wenn es gelingt, eine breite Regierungskoalition im Parlament zusammenzuführen. Das durch eine Auswirkung der schädlichen feindlichen Parteipolitik der Reichsregierung verhindert werden kann. Und wir dürfen es als einen besonderen Erfolg unserer Bemühungen, der schädlichen Arbeit unserer Vertreter im

Steuerkompromiß ansetzen, daß es gelang, das Steuerkompromiß zusammenzubringen.

Niemand wird abstreiten können und wollen, daß das Steuerkompromiß eine Reihe schwerer und gefährlicher Beschlüsse anstiftete, daß in ihm selbstgegebene Pläne enthalten waren, die eine Gefahr für die Nation zu enthalten waren, die eine Gefahr für die Nation zu enthalten waren, die eine Gefahr für die Nation zu enthalten waren.

Die Deutsche Volkspartei hat durch ihre Abgabe eine außerordentlich schwere Verantwortung gegenüber dem Volk übernommen, die sie nicht ablegen werden können, bis sie sich durch die Beschlüsse der Reichsversammlung über die finanzielle Lage der Nation hinwegsetzen können.

### Die Finanznot der Gemeinden.

Die Demokraten beantragen im Antrag ein Notgesetz. — Gegenläufige Wünsche Preussens und Reichs.

Berlin, 15. Februar 1922.

In der Fortsetzung der Beratung der Anträge über die Finanznot der Gemeinden stimmt

Abg. v. C. (D. W.) dem sozialdemokratischen Antrage auf sofortige Anhebung der Anteile der Reichslandkommunen grundsätzlich zu, daß aber eine Reihe der Einzelheiten in einem Ausschuss für notwendig.

Ein Regierungskommissar hat den letzten Zeitpunkt für Besprechungen für besonders günstig, weil der Entwurf des Bundesgesetzes demnächst zur Verhandlung kommen werde. Zur Fortsetzung der Selbstverwaltung der Gemeinden ist die Regelung der Finanzverhältnisse eine notwendige Voraussetzung.

Der Reichsfinanzminister hat den gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht für den richtigen zur Regelung der Finanzverhältnisse zwischen Reich und Gemeinden. Eine sofortige Abgrenzung der Steuerbefreiung wird nicht möglich sein, sondern es wird sich im wesentlichen um einen Verteilungsmaßstab handeln.

### Leffing und ... Kerr.

Kerr, ein aperturlicher Vorkämpfer mit einem Stolz Melancholie, ist sich selbst allenfalls mit dem Kritiker Gotthold Oppenheimer vergleichen. Bei allem Respekt vor dem großen Meister der Satire, der Kerr ist doch nur ein wenig Leffings veränderte Form geben, die sich in Kerr nicht die heutige Kritik im Gegensatz zu Leffings kritischem Schaffen etwa in: Bei Leffing: Gelehr, Selbstzucht, Lust und große moralische Absichten. Bei der heutigen Kritik (Witz) heißt: Kerr; Der Wandel, das Relativ, überwundene Willkür und kein Gesetz, außer dem der körperlichen Persönlichkeit. Bei Leffing: Die Kritik auf der dunklen Seite nach den großen Gesetzen, die im Inneren die Welt des Kunstwerks zusammenhalten.

Kerr ist ja, daß die heutige Kritik — also er — nicht größer ist als Leffing; aber sie ist weiter. Und doch ist weiter ist, dieses Weiter geht nicht aus, sondern der Zeit, die sie weiter gebracht hat, damit dem größten kritischen Genie, das je Wahrscheinliche fällte: Entwidmung. Leffing hat die schweren Töne aufgenommen, ein leichtfüßiger Gedichtstom durch die herbeisprachen. Wohl uns, daß es uns zugeht was, seiner immerwährenden harten Schwerarbeit die Kunst und verlebende Wille der Wortkraft hinzuzufügen.

das Reich eingeschlossenen Steuern zur Deckung der vom Reich geleisteten Beiträge zu verwenden. Der Kommunalgesetzgeber wird nicht in der Lage sein, die Steuern zu erhöhen, sondern mußte trotz einiger nichtigen Verträge durchzuführen werden.

Abg. Gold (Dem.) befragte ein von seinen Freunden beauftragtes Komitee, wonach die Gemeinden berechtigt sein sollen, bis zur Veranlagung der mehrfachen Gemeindefürer und Kanalisationsgebühren die für das Jahr erhobenen Abgabebeträge von den Steuerpflichtigen weiter vorwärts einzulassen. Die Not sei nicht durch das neue Steuergesetz verursacht worden, sondern sei eine natürliche Folge des verlorenen Krieges.

Abg. König (Weißes) (Komm.) stellt die Ursache der Finanznot in der Minderwertigkeit, die während des Krieges gezeigten worden ist. Die Anträge werden dem Gemeindevorstand überlesen. Dann wurde die in einer früheren Sitzung abgeordnete Beratung der Anträge zusammen mit der von den Reichslandkommunen wieder fortgesetzt. Die Abg. Schulz, Kellner (K.) und Kausch (st.) befragten die Anträge, während Abg. Kellner (st.) (D.) und Kausch (st.) befragten die Anträge, während Abg. Kellner (st.) (D.) befragte, wonach die Anträge werden teils angenommen, teils dem Landtagsausschuss überlesen.

1330 Beendigungen. Im Hauptauschuss des Reichstages gab Reichslandkommunen Dr. v. d. B. eine ausführliche Gegenüberstellung bekannt. Danach sind bisher insgesamt 1330 Gemeindeverordnungen vorgeschlagen worden. Außerdem ist mit Rücksicht auf die Wohnraumbeschaffung des Reichspräsidenten die Entwurfsarbeiten bei den nicht mehr als einem Jahr freigebliebenen Verträgen in nahezu 300 Fällen mit Rücksicht auf einen bevorstehenden Umbauwerk unterbrochen worden. Letztes die Zuschüsse betreffen, sind 214 abgeändert, und zwar in 302 Fällen durch Umwandlung in Gefängnisstrafe oder Gefängnisarbeit, meist unter gleichzeitiger Erhebung der Strafbauer. Ferner sind von den Gerichten in zahlreichen Fällen Strafen ausgesetzt und Verurteilungen bewilligt worden.

### Die sozialistische Konkurrenz in Frankfurt.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht das Einladungs Schreiben der sozialistischen Partei an die SPD, worin die deutschen Delegierten zu der sozialistischen fünf-Tage-Konferenz in Frankfurt a. M., die am 25. Februar beginnen soll, eingeladen werden.

Im Hauptauschuss des Reichstages machte bei der Beratung des Reichsjustizministeriums Minister Ritter (Komm.) ausführliche Ausführungen über die kommenden Reformen der Rechtspflege. Die Entwürfe für ein neues Strafgesetzbuch, eine neue Prozessordnung und ein neues Strafvollzugsrecht werden bis zum Sommer vollendet sein. Die Reformen zur Strafrechtsverfassung mit Befreiung aller Gerichte erster und zweiter Instanz mit Vereinigung der Berufung für alle Strafsachen werden durch besondere Gesetze vorher geregelt werden.

### Die Reform der Rechtspflege.

Der Reichspräsident hat die Anträge über die Last der Gemeinden eine einheitliche Front von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken beherrscht. Viele Gemeinden haben einstimmig im Beirat. Die Städte seien durchaus bereit, die für

der auferhebelnden Kinder. Auch die Frage einer Neuregelung des Ehegesetzes wird geprüft.

Die Reform der beruflichen Ausbildung wird in Angriff genommen werden. In der Beschlusse über die Reform des Ehegesetzes teilnehmend dahin geäußert werden, daß man das leichtfertige Auseinandergehen der Eheleute oder ein bösliches Verlassen fördern wolle. Es müsse anstelle der Schuldfrage das Zerrüttungsprinzip gestellt werden. Zeige sich eine Zerrüttung der Ehe, so dürfe nicht das letzte qualvolle Offiziellverfahren angewendet werden, sondern das Ehegattenauflösungsverfahren. Die Sicherung des Unterhalts nach der Erhebung der Kinder sei das wichtigste Ziel, das man bei der Ehe von Kindern zum Ende der Schaffen und Geschworenen mühen tragen baldmöglichst hinzugegeben werden. Den unehelichen Kindern müßten dieselben Rechte gegeben werden wie die ehelichen.

### Unerschöpfliche Besatzungs-Lasten.

Die bei der Beratung des Reichshausamtes mitgeteilte und auf Antrag des Demokraten Gothein ausdrücklich in das Protokoll aufgenommen worden ist, müssen für die fremden Besatzungstruppen mehr als 4000 Zehnerswohnungen, deren Aufwände von 3 bis 4 Millionen bis 75000 bis 100000 Mark Besatzungen mit einem Aufwande von 375000 M. ermöglicht werden. Diese alle triebenen Forderungen behalten das deutsche Budget in unerhörter Weise. 3 arme gebalten mit den anderen überflüssigen Forderungen der Besatzungsbehörden tragen sie ihren Teil dazu bei, daß die Finanznot des Reiches nicht gelindert kann.

### Deutsches Reich.

Der Reichswirtschaftsrat wies in der heutigen Sitzung das Gesetz über die Ausfuhrfrage aus den Ausfuhr zurück und nahm den Beschluß des Ausschusses für Siedlungs- und Wohnungswesen, über Erhebung einer Abgabe und Förderung des Wohnungsbaues an mit der Maßnahme, daß die auf 50 Prozent selbstgeleitete Abgabe auf 100 Prozent erhöht werde.

Eine Trauerfeier für den verstorbenen Führer Conrad Kaufmann will die demokratische Reichstagsfraktion am 1. März in der Reichstagskammer abhalten. Die Rede wird von dem Reichstagspräsidenten gehalten werden und der langjährige Fraktionsvorsitzende Herr von Pöppel halten. Als Erghänger für Conrad Kaufmann ist der bekannte Mittelstandsleiter, Handelskammer-Präsident Hermann Reutlingen am Dienstag in den Reichstag eingetroffen.

Im Zusammenhang mit den Schließungen in Petersburg-Gleich wurden von der Z. A. R. bis jetzt 30 Personen verhaftet. Unter ihnen befinden sich der Oberregierungsrat Rosenfeld, der Chef der Eisenbahnervereine in Gießen, der Oberbergrat Weber, der in der Gleiswerk in Gießen die Stelle bekleidet ist und der Direktor der Südbahnwerke, Herold. Der Chef des Generalstabes des Generals Dr. von Oberst Caput, ist zur Verhaftung über den Petersburger Bericht und die hier durch anhängenden französischen Interdiktionsfall über das Vergehen von „Geheimorganisations“ nach Paris beauftragt worden.

### Schwere Not auf Sylt.

Die Insel Sylt ist seit längerer Zeit infolge der Eisreize von jeder Verbindung mit dem Festlande vollkommen abgeschnitten. Der Verkehr ist fast ganz mit dem Schiffe über das vereiste Wollmeer. Einmal in der Woche fährt ein Dampfer von Aarhus nach Helgoland nach Sylt, doch kann auch diese Verbindung kaum mehr aufrecht erhalten werden. Der Dampfer bringt nur die Post. Die Bewohner Sylts sind in allergrößter Not, da die Lebensmittel zu Ende gehen und die meisten Familien keine Feuerungsvorräte haben. In Holten sind die Schiffe gelandet und die Schließung der öffentlichen Gebäude steht bevor. In vielen Familien liegen die Kinder den ganzen Tag im Bett, um nicht zu erkranken. Die Hausfrauen mühen wegen Salz- und Kohlenmangel das Kochen einzustellen. Die Insel ist still.

Der zweiten Welle wurde er durch den eifrigsten, spontanen Gehörten auf Sylt bekannt. Die Welle schloß sich nicht nur mit ihm selbst, sondern auch mit den „Jungen Kritiker“, die Rede ist, da nennt man Dichter mit der es Spitzig als einen der kraftvollsten, wahrsten deutschen Dichter noch heute.

Die literarische Gesellschaft, die es mit Recht für ihre Pflicht hielt, den Dichter auch nach Halle kommen zu lassen, hat ihm leider keinen schönen Empfang bereitet. Man sah seine Erscheinung befremdet an, die freistehenden, bäuerlich harten Wänter von Bach und Luther, für die sich Kaffee in der Handhabung überaus besonders Begeisterung erweckt hatte, wurden so fast entgegengenommen, daß es fast schien, als ob es das Publikum angesichts der phantastischen Dichtungen freile. Die Vorstellung des vierten Aktes des Dramas „Hör“ war eine kleine Tragödie für sich. Der Dichter enthielt die Seelenqualen Vork; er schaffte im Eudien nach der Wahrheit eine erhabene Dichtwerk und er liest es vor, mit großem Pathos, gekünstelt, freimüßig verzerrt und mehr in die martige Gestaltung. Die Zeit der literarischen Not hat nichts mehr übrig für den Dichter. Nur wenige, die dem Höchsten folgten, die, die mit dem Leben und dem Leben des Dichters in den Dichtungen verbergen. Es ist wahr, daß das Verlangen nach Dichtungen durch den Dichter selbst oft zufließen verlor, aber immerhin... „Cher Care deutschen Kritiker.“ Früher war das anders. „Erinnere mich an eine Besetzung seiner ersten Verse in Wölkchen vor mehr als 15 Jahren. „Wasser,“ heißt noch Student, las uns Studenten seine ersten Schöpfungen vor und feiner unter uns. Der damals nicht auf's Beste ergriffen gewesen uns. Die Zeilen haben sich tatsächlich geändert.

Hans Natonek. M. P.

Kerr und sein Typus ist der gegebene, notwendige Kritiker in einer Zeit, die sich die Schöpfung die Schrift selbstig eigen nennt, und die Relativität des Geistes (Kühler Widerpruch der Relativität, die keinen Grundlag haben) und dennoch den Relativismus zum — Grundlag es haben! Aber gehen wir doch auf die Kernfrage, was ein heutiger Kritiker, wie Kerr ihn meint, dem Theater sein kann. Für Kerr besteht das Theater 1. aus der Kritik, 2. aus dem Schauspiel und 3. aus dem Drama; unter Umständen sogar nur aus der Kritik, wenn sie gut und das übrige läßt sich. „Aber sage, das Theater ist ein Nichts, ein Dreck ohne Wille ohne Macht, die im Publikum zur Einheit der Gemeinde wird (werden soll). Das wesentliche Element im Theater ist das Publikum. „Weshalb wir ein Publikum aus lauter ethischen Empfinden und Augen Zurechnungen, denn könnte man zum Kritikertypus Kerr ohne Einschränkung ja sagen. Diese Voraussetzung trifft — Gott sei Dank — nicht zu, und also hat ein Kritiker höhere Aufgaben, als einer intellektuellen, geistlichen Creme Worte aus Schaum und Stahl auf der Junge zerlesen zu lassen. Weshalb wäre mit einer Kritik, die dem Publikum Publikum Vortrages auf die Junge stellt, die dem Kritikertypus Kerr laßt Gefähr, art-historisch-bildliche Untersuchungen zu werden. Kritik als Wille zur Form, als Wille zu sich selbst genügt nicht; hier steht in alle Gefahren der critique pour critique. Am Anfang war das Theater Gemeinschaft. Wenn auch heute kaum Spuren von ihr zu entdecken sind, so dürfte die heutige Kritik doch nicht so tun, als wäre das Publikum eine nebensächliche und zufällige Anammlung von Kennern, Hornochsen und Kreteins. Ja glaube, daß eine künftige Kritik vielleicht weniger glänzen aber dafür mehr helfen wird, Theater und Volksgemeinschaft einander wiederzugeben.

E. Lissauer in der Literarischen Gesellschaft. Halle, 14. Februar. Der heute erst vierzig Jahre alte Ernst Lissauer hat früh schon die Kenner auf sich aufmerksam gemacht. Die Wucht seiner Rede war frei von Wortschwall, die scharfen Konturen seiner Gedächtnisse ließen Kraft ahnen, die Weisheit der Stimmungsmalexie seines Erlebens.

Hans Natonek.

### E. Lissauer in der Literarischen Gesellschaft.

Willy Kaufmann, der Direktor des Deutschen Theaters in Hannover, wurde für mehrere Jahre als Spielführer und Darsteller an die Berliner Kammerspiele ernannt. Kaufmann behält gleichzeitig die Direktion des Theaters in Hannover. Der gelehrte Reichstag war Regens an Manuskripten, Briefen, Manuskripten, wurde von der Wille des Komponisten der musikalischen Gestaltung der Wille der Komponisten geleitet. Ebenso wurde der Wille der Komponisten geleitet. Regers gestiftet, welches bis zur Schaffung eines eigenen Raumes im Wuppertalburger Schloss untergebracht wird.